

"Die Montan-Union am Scheideweg" in Süddeutsche Zeitung (2. Juni 1955)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft, Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; SCHÖNINGH, Dr. Franz-Joseph; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHWINGENSTEIN, August ; Herausgeber FRIEDMANN, Werner. 02.06.1955, n° 129; 11. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Die Montanunion am Scheidewege", auteur:Paulus, E.G. , p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_montan_union_am_scheideweg_in_suddeutsche_zeitung_2_juni_1955-de-d06ed9eb-0738-44cc-9782-b9166517003d.html



Publication date: 05/11/2015

Die Montan-Union am Scheideweg

Die Außenminister der sechs Mitgliedstaaten beraten in Messina über Vorschläge zur Ausweitung der europäischen Integration / Wahl René Mayers zum neuen Präsidenten und Nachfolger Monnets wird erwartet

Von unserem Korrespondenten E. G. Paulus

Paris 1. Juni

Die Außenminister der sechs Montanunion-Staaten sind am Mittwoch in Messina auf Sizilien zusammengetreten. Obwohl der Sturz von Mendès-France in Frankreich den Kurs der Regierung veränderte, besteht auch in der Regierung Edgar Faures, die sich gleichzeitig auf „Europäer“ und „Anti-Europäer“ stützt, keine Einstimmigkeit über die Fortsetzung der europäischen Integrationspolitik. Die Anweisungen, die dem „gemäßigten Europäer“ Antoine Pinay für die Verhandlungen in Messina vom Kabinett mitgegeben wurden, bestehen deshalb aus Kompromissen.

Für den ersten Punkt der Tagesordnung in Messina – Regelung der Nachfolge von Jean Monnet, des Präsidenten der Hohen Behörde – lautet der im französischen Kabinett geschlossene Kompromiß: Die Forderungen der „Anti-Europäer“ in der Regierung werden insoweit angenommen, daß sich die französische Regierung für die Ausschaltung von Jean Monnet einsetzt. Die Forderungen der „Europäer“ in der Regierung werden insoweit berücksichtigt, als kein „Anti-Europäer“ wie etwa Ramadier, sondern ein „Europäer“ wie René Mayer zum Nachfolger Jean Monnets vorgeschlagen wird. Obwohl die französische Regierung damit rechnet, daß René Mayer von den sechs Außenministern gewählt wird, hat man aus Höflichkeit noch einen zweiten Kandidaten benannt, den ehemaligen Minister und volksrepublikanischen Abgeordneten Louvel. René Mayer hat für seine Einwilligung in die Kandidatur zwei Bedingungen gestellt. Erstens will er sein Abgeordnetenmandat behalten, zweitens bei der Ausarbeitung etwaiger künftiger Integrationspläne unmittelbar Anteil nehmen. Beide Bedingungen René Mayers sind von der französischen Regierung angenommen, womit es also auch schwierig wird, die früher ins Auge gefaßte Möglichkeit zu verwirklichen, Jean Monnet nach seinem Ausscheiden aus der Hohen Behörde der Montan-Union mit der Ausarbeitung neuer Integrationspläne zu betrauen. Nachdem sich Belgiens Außenminister Spaak mit der Wahl René Mayers einverstanden erklärte, glaubt man in Paris, daß dessen Wahl gesichert ist.

Der zweite Punkt der Tagesordnung in Messina ist eine Stellungnahme der sechs Außenminister zu den Vorschlägen der Benelux-Staaten über die Ausdehnung der europäischen Wirtschaftsintegration. Diese Vorschläge sind den Regierungen in Bonn, Rom und Paris von den Benelux-Staaten in einer Denkschrift am 20. Mai überreicht worden. Darin wird angeregt: Vereinheitlichung Europas durch weitere gemeinsame Institutionen, Herstellung eines gemeinsamen europäischen Marktes und Angleichung der Sozialgesetzgebung in den Ländern der Montan-Union. Eine besondere Behörde soll mit der Ausarbeitung von Plänen für ein europäisches Verkehrsnetz mit Autobahnen, Kanälen und elektrifizierten Eisenbahnen sowie für die Standardisierung des rollenden Materials beauftragt werden. Der Austausch von elektrischem Strom und Gas über die Landesgrenzen soll gesteigert werden. Außer dieser Gemeinschaft für das gesamte europäische Transportwesen soll eine europäische Behörde für die Ausnutzung von industrieller Energie und vor allem der Atomenergie zu friedlichen Zwecken geschaffen werden. Neben der Weiterführung der Integration einzelner Wirtschaftszweige soll aber nach dem Wunsch der Benelux-Staaten auch die Zusammenfassung der europäischen Gesamtwirtschaft gefördert werden. Um dies zu erreichen, wird ein progressiver Abbau der Zollschränken und die Aufhebung der quantitativen Handelsbeschränkungen verlangt.

Der innerhalb der französischen Regierung dazu beschlossene Kompromiß geht dahin, daß Pinay sich in Messina prinzipiell einverstanden erklären wird, daß die Vorschläge der Benelux-Staaten erörtert werden. Für die französische Regierung geht es jetzt darum, die Europa-pläne der Benelux-Staaten nicht zu kompromittieren, aber bevor es zu einer Ausführung kommt, sich erst einmal einen Aufschub bis zu den französischen Parlamentswahlen im Juni 1956 zu sichern. Mit einer Wiederbelebung der europäischen Integrationspolitik ist man in Paris einverstanden, nicht jedoch dazu, auf irgendwelchen Wirtschaftssektoren

neue Souveränitätsrechte abzutreten. Dabei bedient man sich, was die künftige europäische Transport- und Energiegemeinschaft angeht, der Schweiz als eines Alibis und erklärt, daß beide europäischen Gemeinschaften ohne Mitwirkung der Schweiz nicht zu verwirklichen seien, die neutrale Schweiz sich aber nicht an der Begründung neuer übernationaler Behörden beteiligen könne.

Hinsichtlich der Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes fühlt sich Frankreich einer freien innereuropäischen Konkurrenz noch nicht gewachsen. Dies ändert nichts daran, daß sich Frankreich zur Einberufung einer internationalen Konferenz, auf welcher diese Fragen geklärt werden, bereitfinden dürfte. Auch auf der Ministerkonferenz des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC), die in zehn Tagen in Paris stattfindet, werden die gleichen Probleme zur Sprache kommen.

Bonn (dpa)

Am Eröffnungstage der Außenministerkonferenz in Messina haben in Bonn zuständige Regierungskreise den Standpunkt der Bundesregierung zur Fortsetzung der wirtschaftlichen Integrationspolitik in Europa dargelegt. Danach verfolgt die Bundesregierung drei Ziele: 1. Die Integrationspolitik soll mit allen Kräften gefördert werden. 2. Das Ziel soll die Errichtung eines gemeinsamen Marktes durch „funktionale Integration“ sein, also durch die Bereinigung der Währungen und durch den Abbau aller Handelsbeschränkungen. 3. Der erstrebte gemeinsame Markt muß, um zu einer dauerhaften Einrichtung zu werden, durch gewisse Institutionen gesichert werden, die föderativ aufgebaut sind und nicht den Charakter übernationaler Behörden nach dem Muster der Montanunion haben. Bonner Regierungskreise glauben, daß dieses Ziel nach einer großzügig bemessenen Übergangszeit erreicht werden kann. Die Hauptschwierigkeit – vor allem für Frankreich – sieht man in dem Währungsproblem.